

B e s c h l u s s

aus der Niederschrift einer Sitzung des Rates

am Donnerstag, 25.06.2020, 15:00 Uhr,

der großen Sporthalle des Jahnstadions, 46236 Bottrop

- Nr. 2 /2020 -

A) Öffentliche Sitzung

5

Zuständigkeit:

Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2020:
Maßnahmen in der Corona-Krise für eine gesunde Wirtschaft, gesunde Mobilität und soziale Gerechtigkeit in Bottrop

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Erläuterungen:

Oberbürgermeister Tischler weist kurz darauf hin, dass der am 18.06.2020 per E-Mail eingegangene Antrag der Ratsgruppe Die Linke „Sicherheit für Kinder und Beschäftigte in Bildungseinrichtungen und in städtischen Dienststellen“ bereits in der letzten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses mehrheitlich abgelehnt worden sei. Er würde daher nicht in der unter Tagesordnungspunkt 4 erwähnten Sondersitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses beraten werden.

Diese Sondersitzung werde alle Anträge behandeln, die zur Bewältigung der Corona-Krise gestellt worden seien.

Gegen die Empfehlung, heute nicht weiter über den Tagesordnungspunkt zu diskutieren, gibt es keine Einwände.

Ratsherr Schmidt möchte, dass der von Oberbürgermeister Tischler angesprochenen Antrag seiner Ratsgruppe heute im Rat der Stadt beraten werde, auch wenn er im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss keine Mehrheit gefunden hätte.

Er beantragt, den Beschäftigten in Bildungseinrichtungen, Jugendzentren, und den städtischen Beschäftigten in Bereichen mit Publikumsverkehr eine wöchentliche Testung auf das Corona-Virus anzubieten. Dieses Angebot solle auch Kindern, die eine Bottroper KiTa oder Schule besuchten, und deren Familienangehörigen offeriert werden. Damit werde die Sicherheit der Betroffenen erhöht. Außerdem könne frühzeitig auf eventuelle Ausbrüche des Virus reagiert und Infektionsketten durch Quarantäneanordnungen und Einrichtungsschließungen unterbrochen werden. Die Stadt Bonn habe kürzlich einen inhaltlich gleichlautenden Beschluss gefasst. Das Bundesland Thüringen stelle für entsprechende Testungen insgesamt 25 Millionen Euro zur Verfügung. Die NRW-Landesregierung stelle kein Geld für eine derartige Maßnahme bereit. Außerdem kritisiert er die NRW-Landesregierung wegen der überstürzten Schulöffnungen über die Köpfe der Betroffenen und Kommunen hinweg, ohne vorher Sicherheitsmaßnahmen getroffen zu

haben. Zudem handele die Landesregierung offensichtlich im Sinne der Autoindustrie und der Einrichtungshäuser bzw. von Großspendern. Die Infektionsausbrüche in den Kreisen Gütersloh und Warendorf fußten auf der chaotischen und unverantwortlichen Politik des Ministerpräsidenten und seiner Landesregierung. Daher müsse auf kommunaler Ebene gehandelt und entsprechende Testungen angeboten werden. Nur auf diesem Weg könne ein erneuter Ausbruch eingedämmt und für Sicherheit gesorgt werden. Die Kosten sollten in einem weiteren Schritt von der Landesregierung eingefordert werden.

Abschließend macht Ratsherr Schmidt Herrn Ersten Beigeordneten Ketzler darauf aufmerksam, dass es bei der Beschlussfassung in Bonn nicht, wie von diesem im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss mitgeteilt, um eine Studie gehe, sondern tatsächlich um eine Sicherheitsmaßnahme im Rahmen der kommunalen Fürsorgepflicht. So sollte es auch für Bottrop durchgesetzt werden. Es sei Pflicht der Politik, in Bottrop für Sicherheit, für Gesundheits- und Seuchenschutz zu sorgen.

Ratsherr Gerber verweist auf das dynamische Infektionsgeschehen, wie es bspw. der Fall Tönnes zeigt habe. Seine Ratsgruppe sei für Präsenzunterricht und damit für die Öffnung von Schulen und auch von KiTas. Das bedinge jedoch die Bereitstellung von Testmöglichkeiten. Es dürfe nicht immer auf eine Reaktion der NRW-Landesregierung gewartet werden. Wenn mehrmals wöchentlich in der Fußball-Bundesliga getestet werde, müsse das auch in dem viel wichtigeren und systemrelevanten Bereich der Bildungseinrichtungen möglich sein. Es sei an der Zeit, dass die Stadt Bottrop reagieren müsse. Es sei Aufgabe und Verpflichtung der Stadt für den Gesundheitsschutz zu sorgen, dazu gehöre in Corona-Zeiten auch die Möglichkeit einer unentgeltlichen Testung.

Oberbürgermeister Tischler stellt den Antrag der Ratsgruppe Die Linke zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag gibt es 4 Stimmen (2 Die Linke, 2 DKP), gegen den Antrag 45 Stimmen (24 SPD, 14 CDU, 3 ÖDP, 2 LSB, 1 AfD, 1 OB) und 3 Enthaltungen (3 B'90/Grüne). Der Antrag ist damit abgelehnt.